

Griechenland (Ein Kommentar inklusive Träumereien)

I.

In der öffentlichen Auseinandersetzung über Griechenland wird die „Ursachenforschung“ fast immer auf den Widerspruch zugespitzt, wer Schuld sei an der Misere ... „die Griechen“ oder „Deutschland“, die EU, die Troika mit ihren Spardiktaten. Sind die Gläubiger Schuld an der miserablen Lage der Schuldner oder diese selber? Die 2008 einsetzende Weltwirtschaftskrise, die den Stein ins Rollen brachte, spielt dabei oft kaum noch eine Rolle. Die Schuldfrage bezüglich der gegensätzlichen Interessengruppen dominiert. Spielt sie noch eine Rolle ist man ruckzuck beim Finanzkapital und dessen Schuld.

II.

Fakt ist: die kapitalistischen WarenproduzentInnen (als Einzelkapitale und Nationalökonomien) sind mehr oder weniger formal-rechtlich gleichgestellt und der Liberalismus bemüht sich weltweit politisch um die Durchsetzung dieser formalen Gleichheit (freier Verkehr von Waren und Kapital). Fakt ist auch, dass die einzelnen WarenproduzentInnen tatsächlich sehr ungleich sind und dass es sich bei dieser Ungleichheit nicht um ein statisches sondern um ein dynamisches Verhältnis handelt. Die Ungleichheit entwickelt sich dynamisch in der Konkurrenz und durch sie. Die Ungleichheit wird nicht geringer, sondern größer. Abhängig von der Verwertungssituation des Kapitals kann das unterschiedliche Formen annehmen. Je größer das Wachstum des Kapitals, je größer die Zahl derjenigen die Anteil daran haben, desto weniger fällt die wachsende Ungleichheit auf. Fast alle „gewinnen“ ja, haben Teil am Wachstum. Je schwächer das Wachstum des Kapitals, je größer das Kapital und die Zahl seiner Ableger desto schärfer die Konkurrenz um Teilhabe am Wachstum, desto deutlicher nimmt die Konkurrenz die Form des „Verdrängungswettbewerbs“ an. Die Teilhabe am Wachstum gelingt nur noch auf Kosten anderer, wenn andere aus der Konkurrenz ausscheiden, der Gesamtumsatz von Ware in Geld sich auf weniger Kapitale verteilt.

III.

Fast schon „vergessene“ Tatsache ist auch, dass die Pleite Griechenlands ein Produkt der letzten großen Weltmarktkrise ist und diese Krise nicht das Ergebnis von „Missmanagement“ war, auch nicht der des Finanzkapitals. Sie war – wie alle Krisen der kapitalistischen Ökonomie vorher auch – das Ergebnis der Dynamik kapitalistischer Produktion und Verwertung. Wie bei allen Krisen vorher auch, wird jedoch nach den Verantwortlichen, „den Dummen“ gesucht, die Schuld auf sich geladen haben, sich falsch verhalten haben. Irgendwer hat immer das Maß verloren, weshalb der Markt seine segensreiche Wirkung nicht mehr entfalten konnte. Man sucht also erneut nach einer veränderten politischen Regulation des Marktes, die solchem Fehlverhalten künftig vorbeugen und aus der Krise herausführen soll. All das zielt nicht darauf ab, Schluss zu machen mit Marktwirtschaft, mit allgemeiner Warenproduktion formal von einander unabhängiger PrivatproduzentInnen und deren verheerender Konkurrenz. Der „Marktwirtschaft“ wird immer der Persilschein ausgestellt. Ihr Versagen sei lediglich das Versagen einzelner Interessengruppen, die sich eben falsch verhalten hätten. Nach einer Zeit „allgemeinen Entsetzens“ und kurzer politischer Ratlosigkeit beim Ausbruch der Krise – war doch stetes Wachstum und allgemeiner Wohlstand versprochen – werden „Lösungen“ entwickelt. Die Maßnahmen zur Rückkehr von allgemeinem Wachstum, an dem alle Teilhaben sollen, verschärfen aber weiter die Ungleichheit. „Systemrelevantes“ wird mit wachsender Verschuldung gerettet, andere müssen „sparen“! Dieses merkwürdige Sparen besteht nicht darin, Überschüssiges „zurückzulegen“, sondern auch auf das Nötigste zu verzichten. Wenn es um „Systemrelevantes“ geht, ist wachsende Kreditaufnahme und damit einhergehende Verschuldung kein Problem. Man schlägt ordentlich zu. Anderen wird entweder jeder Kredit versagt oder die Vergabe der Kredite an Konditionen geknüpft, die eben dieses merkwürdige Sparen sicher stellen sollen. Diese anderen sind diejenigen, denen man bescheinigt, sie hätten eben zuvor „über ihre Verhältnisse“ gelebt, wie immer die auch gewesen sein

mögen. „Über seine Verhältnisse“ gelebt zu haben, bedeutet immer nur über die vom Markt zulässigen Verhältnisse gelebt zu haben. Man kann auch „über seine Verhältnisse“ gelebt haben, wenn man vor der Krise bereits von Arbeitslosengeld leben musste. Einziger Maßstab für die Zulässigkeit von Arbeits- und Lebensbedingungen ist der Markt. Man kann auch mit einem Existenzminimum „über seine Verhältnisse“ gelebt haben. „Seine – also des Menschen - Verhältnisse“ selbst sind also überhaupt keine Maßstab. Weil das so ist, hat man auch keine Probleme damit gerade Renten oder Arbeitslosengeld zu kürzen, also Einkommen, die in der Regel recht niedrig sind. Das alles geschieht dann mitten in großem materiellen Reichtum, bei hoher Produktivität der Arbeit usw. Von allem ist reichlich da ... zum weiteren produzieren und zum konsumieren, aber es ist unverkäuflich und muss daher der Rückerlangung der Rentabilität von Kapital geopfert werden. Der Markt und nicht der Bedarf bestimmt, was überproduziert wurde und welche Produktionsanlagen überflüssig sind. Die aus der unmöglich gemachten Verteilung des Überflusses wachsende „soziale Schieflage“ muss akzeptiert werden, damit der Markt „sich erholt“. Die Krise ist die Kur des Marktes, begleitet durch „Reha“-Maßnahmen der Politik. Sozusagen Erholung pur fürs kranke Kapital.

IV.

In Bochum kann man gerade verfolgen, wie im Opel Werk I die ehemalige Lackierei abgerissen wird. Opel Bochum hatte in den letzten Jahren seiner Existenz dem GM-Konzern zuviel Verlust und zu wenig Gewinn eingebracht. Ich beobachte diesen Abbruch mit sehr gemischten Gefühlen. Nicht nur, weil es so aussieht, als habe da eine Bombe eingeschlagen. Opel Bochum stand vor allem in den 1970iger Jahren im Focus der radikalen Linken hier in Bochum und teilweise auch darüber hinaus. Was hier geschah war sozusagen eine Experimentierfeld linksradikaler Agitation. Über die Jahre war es vielleicht das größte und bedeutendste Experimentierfeld für linksradikale Agitation im modernen „Industrieproletariat“. Da wurden sowohl positive Ansätze bestätigt als auch das übliche und vorherrschende Sektierertum gnadenlos abgestraft. Dies geschah alles rund um die Arbeit der GOG und deren oppositioneller Betriebsratsarbeit.

Jetzt wird das Werk zumindest teilweise dem Erdboden gleich gemacht und alle Erinnerung verblasst ... auch mit und durch Alter, Verrentung und Tod „der alten Kämpfer“.

Griechenland wird nicht dem Erdboden gleichgemacht, auch wenn der Staat pleite ist. Wesentlicher Unterschied zwischen der Konkurrenz der Einzelkapitale und der der Nationalökonomien besteht eben darin, dass die Nationalökonomien ganze staatlich organisierte Gesellschaften sind. Die Pleite einer Nationalökonomie kann nicht die gleiche Form annehmen, wie die Pleite eines Einzelkapitals. Die Nationalökonomie verschwindet nicht einfach. Mit dem Staatsbankrott hört die Gesellschaft nicht auf zu existieren, deren politische Form der Staat ist. Um Griechenland vergleichbar platt zu machen, müsste es durch einen Krieg verwüstet werden. Weil dieser Unterschied besteht, kann auch über die Pleite nicht einfach zur kapitalistischen Tagesordnung übergegangen werden. Es entwickelt sich so oder so eine langwierige Auseinandersetzung um einen „Neuanfang“. Aus Sicht der Gläubiger Griechenlands muss vor allem eins dabei sicher gestellt werden: Zinsdienst und Tilgung muss weiter gehen. Sie wollen innerhalb des „Neuanfangs“ die Kontinuität der Verhältnisse sicher stellen. Das ist zumindest in erheblichen Teilen ein unrealistisches und abenteuerliches Unterfangen. Ist für die Sicherstellung dieser Kontinuität für große Teile der Bevölkerung Mangel in jeder Hinsicht die Konsequenz, so haben die Gläubiger damit kein Problem. Für die IdeologInnen des Marktes und die auf ihre Interessen pochenden Gläubiger befindet sich Griechenland auf einem guten Weg, wenn das drastisch geschrumpfte BIP auch nur etwas wächst ... um wenigstens Schulden bedienen zu können. Sollten „unsere Verhältnisse“ darunter leiden, dann sei das ohne Murren hinzunehmen. „Unsere Lebensverhältnisse“ interessieren diese Leute nur am Rande. Sie wissen – im Unterschied zu manchen linken Ideologen - , dass Lohnabhängigkeit Abhängigkeit vom Kapital bedeutet und ziehen daraus gehöriges Selbstbewusstsein, Klassenbewusstsein.

V.

Weil „unsere Lebensverhältnisse“ sich in Griechenland in Folge der Weltwirtschaftskrise und der darauf basierenden Kapitalkur so dramatisch verschlechtert haben, darum wurden die alten politischen Parteien in Wahlen abgestraft. Sie wurden dafür abgestraft, dass sie die von der Troika verlangten „Reha“- Maßnahmen fürs Kapital akzeptierten und umsetzten. Der Wahlsieg von Syriza bedeutete nicht mehr und nicht weniger, als das rund 36% der Wahlberechtigten eine Regierung wünschte, die sich den Spardiktaten widersetzt!

In Anbetracht der politischen Verhältnisse in den meisten EU-Staaten ist das ein großer Erfolg „der Linken“. Dass eine solche politische Gruppierung in Deutschland etwa 36% der Stimmen bei Wahlen bekommt und SPD und CDU geradezu in der Versenkung verschwinden, fühlt sich geradezu utopisch an.

Mit 36% repräsentiert man aber nicht einmal die Mehrheit der Wahlberechtigten, geschweige denn der Wahlberechtigten. Die 36% bedeuten auch nicht, dass diejenigen, die Syriza gewählt haben, alles unterstützen, was Syriza als politische Partei will.

Syriza ist zweifellos eine reformistische Partei. Alles, was Regierungsvertreter wie Tsipras, Varoufakis u.a. so von sich geben bestätigt das. Wie üblich ist das alles von keynesianischer Theorie inspiriert. Die Programmatik der Syriza verdient daher politische Kritik, die sich speist aus radikaler Kapitalkritik.¹

Der Reformismus von Syriza bzw. ihrer Regierungspolitik sollte deshalb aber nicht einfach gleichgesetzt werden mit dem Reformismus, den etwa die Linke Partei hier in Deutschland praktiziert, auch wenn es theoretisch-programmatisch viel Übereinstimmung gibt.

Wo die Linke in Deutschland Regierungsverantwortung trägt (Berlin, Thüringen) trägt ihre Praxis nicht zur Verschärfung der Widersprüche bei. Das will sie auch erklärtermaßen nicht.

Die Regierungspraxis von Syriza trägt aber sehr wohl zur Verschärfung der Widersprüche bei und provoziert damit grundsätzliche Auseinandersetzungen.

Bei allem Hin und Her: die Syriza-Regierung verweigert sich den Spardiktaten der Troika, jetzt Institutionen genannt. Sie leistet Widerstand ... zumindest bis jetzt! Das verdient Respekt!² Auch

1 Wenn diese Kritik aber auf eine Programmatik hinausläuft, wie bei der Berliner NAO etwa, so kann man nur den Kopf schütteln:

„Es gibt nämlich eine Alternative zur Politik von Syriza. Doch diese erfordert entschiedene Maßnahmen, die auch vor dem kapitalistischen Privateigentum nicht haltmachen wie die sofortige Streichung aller Schulden und Diktate der EU, die entschädigungslose Enteignung der Banken und Großunternehmen wie der orthodoxen Kirche unter ArbeiterInnenkontrolle, effektive Kapitalverkehrskontrollen ... Es wäre natürlich naiv, solche Maßnahmen dem korrupten griechischen Staatsapparat anzuvertrauen – dazu müssten vielmehr Kontrollorgane der Gewerkschaften und Beschäftigten gebildet werden. All das würde zu einer revolutionären Zuspitzung der Lage führen – und damit die Notwendigkeit einer ArbeiterInnenregierung auf die Tagesordnung setzen, die das Großkapital enteignet, die Wirtschaft auf Basis eines demokratischen Plans reorganisiert, den bürgerlichen Staatsapparat zerschlägt und durch Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte ersetzt.“

<http://nao-prozess.de/oxi-nein-zum-ausverkauf-der-syriza-regierung/#more-4462>

Wie bildet man solche „Kontrollorgane“? Durch Regierungsbeschluss? Na klar! Und die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Regierung zerschlägt dann auch den bürgerlichen Staatsapparat und ersetzt ihn durch Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte.

Während in Russland 1917 im Verlauf der demokratischen Revolution Arbeiter, Bauern und Soldaten Räte bildeten, ganze ohne, gar gegen die Regierung, soll in Griechenland eine Regierung den bürgerlichen Staatsapparat durch Arbeiter-, Bauern und Soldatenräte „ersetzen“! Das ist eigentlich nur noch komisch und eher eine Parodie auf revolutionäre Politik! Naiv in solch beispielhaftem linksradikalem Trauerspiel sind jedenfalls nur die „subjektiven Revolutionäre“ selbst!

2 Dass Tsipras und Varoufakis sich in entscheidenden Fragen nicht gebeugt haben, sich beim Spießrutenlauf in Brüssel durch diese etablierte Politikerkaste nicht haben einschüchtern lassen, das verdient Respekt. Diesen Respekt wird aber wohl nur derjenige zollen, der selbst in „reformistischen“ Auseinandersetzungen seinen Mann oder seine Frau gestanden hat. Wer an seinem Arbeitsplatz immer nur sagt, was auch ein Spiegelredakteur sagt, um Repression und Entlassung zu vermeiden, um dann im Internet sich in Kritik an den LohnarbeiterInnen zu beweisen, der wird diesen Respekt selbstverständlich verweigern ... und weiß überhaupt nicht worüber er da redet, wenn er – bloß durch auch noch verhöhlte Meinungsfreiheit geschützt - „radikale Kritik“ übt.

aus radikal antikapitalistischer Sicht!! Diese Verweigerungshaltung eröffnet die Möglichkeit grundsätzlicher Auseinandersetzung und der Verbreiterung radikaler Kritik. (In Griechenland findet die zweifellos jetzt statt, wie immer die Linksradikele darin auch argumentieren.) Wenn man denn gewillt ist, die Konfrontation zwischen „den Institutionen“ und der Syriza-Regierung für solche Auseinandersetzung zu nutzen, dafür auch theoretisch gerüstet ist und wenn man gleichzeitig das Verdienst der Syriza-Regierung anerkennt.

VI.

In Griechenland selbst ist eine isolierte soziale Revolution nicht machbar, selbst dann nicht, wenn tatsächlich eine Mehrheit der Bevölkerung das wollte! Selbst ein Reformismus, der lediglich weitere Spardiktate ablehnt und sich auf ein „humanitäres Programm“ elementarer Grundsicherungen beschränkt, stößt bereits auf einen weitgehend kompromislosen Widerstand „der Institutionen“, also der EU-Staaten, der EZB und des IWF. Auch Griechenland ist vollständig eingebunden in die heutige internationale Arbeitsteilung und speziell in den gemeinsamen Markt der EU. Eine isolierte Herausnahme aus dieser Arbeitsteilung käme einer sozialen Katastrophe gleich. Wie immer ein linkes oder radikal linkes Programm in Griechenland aussehen würde, diese Bedingung für die Arbeits- und Lebensverhältnisse in Griechenland, müsste berücksichtigt werden! Die einzige soziale, antikapitalistische Perspektive, die die Mehrheit der griechischen Bevölkerung heute daher hätte, bestünde in einer Internationalisierung des Widerstands gegen die sogenannte „Austeritätspolitik“. (Selbst das erscheint in der heutigen Situation nur als theoretische begründete Hoffnung und die Perspektive bestünde nicht in einer unmittelbaren „Systemüberwindung“!) Und nur im Rahmen dieser Internationalisierung könnte sich überhaupt die Perspektive einer sozialen Revolution eröffnen.

Die Internationalisierung heute – beim gegenwärtigen Zustand der Linken wie der sozialen Widerstandsbewegungen im Ganzen - könnte nur Formen annehmen unter einigen wenigen gemeinsamen Forderungen, die über den bloßen Widerstand hinausgehen. Das wären in Europa Forderungen wie:

- Rente mit 60
- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche

und vielleicht noch die eine oder andere mehr.

Der Widerstand selbst müsste sich vor allem gegen die Privatisierungsprogramme wenden, und stattdessen die konsequente Kommunalisierung von Wasserversorgung, Krankenhäusern etc. fordern, wo immer möglich – schon auf kapitalistischer Grundlage - auf Gemeineigentum und Selbstverwaltung orientieren. Lässt sich in den konkreten Auseinandersetzungen und im Widerstand kein Streben nach Gemeineigentum und Selbstverwaltung entfalten, dann kann es auch keine soziale Revolution und Emanzipation geben. Eine soziale Revolution steht momentan weder in Griechenland noch sonstwo auf dieser kapitalistischen Welt auf der Tagesordnung.

VII.

Hätte es in der deutschen Linken – von linken ReformistInnen bis zu radikalen KritikerInnen des Kapitals – in der zurück liegenden Zeit ein wirkliches Bedürfnis nach praktischer Solidarität mit der Mehrheit der griechischen Bevölkerung gegeben, dann hätte man sich zusammen gesetzt, um eine möglichst große Demonstration auf die Beine zu stellen.

Wenn diese Solidarität der Mehrheit der griechischen Bevölkerung gegolten hätte - wie sie ist und nicht wie sie sein sollte - dann hätte sich die Aktionseinheit für diese Demonstration aktuell auf 2 Forderungen beschränkt:

- Schuldenschnitt
- Schluss mit den Spardiktaten

Wegen dieser beiden Punkte wurde Syriza gewählt und Regierungspartei. Diese beiden Forderungen würden auch in Deutschland von vielen Lohnabhängigen unterstützt. Man hätte unter diesen beiden Forderungen ohne größere Schwierigkeiten 100.000 und vielleicht weit mehr auf die

Straße bringen können. Das hätte vermutlich die große reaktionäre Koalition nicht zum Einlenken gebracht, aber es hätte wenigstens spürbaren politischen Druck aufgebaut und praktische Solidarität demonstriert. Eine solche Aktionseinheit und Demonstration der Solidarität hätte zweifellos auch der Auseinandersetzung in Deutschland gut getan.

Selbstverständlich hätte jede beteiligte Organisation auch im Rahmen der Demonstration ihre eigene „Agitation und Propaganda“ unter Volk bringen können.³ Niemand sollte auf seine mehr oder weniger klugen „weiterführenden“ Ratschläge verzichten müssen.

Noch besser wäre es gewesen, wenn in allen Mitgliedsländern der EU gleichen Initiativen gestartet worden wären, um auch die Regierungen anderer Länder, die Kommission, die EZB und den IWF unter Druck zu setzen.

Aber all das sind nun wirklich wirklichkeitsfremde Träumereien in Anbetracht des tatsächlichen Zustands „der Linken“ in ganz Europa. Und weil das so ist, ist sie gerade in ihrer radikalen Variante unfähig einen „Parteibildungsprozess des Proletariats“ unter den heutigen Lohnabhängigen auch nur einen Millimeter voran zu bringen und trampelt sozusagen seit Jahrzehnten auf der Stelle.

Peter Trotzig
Juli 2015

3 Aus meiner Sicht wäre es allerdings wünschenswert bei solchen Aktionseinheiten, dass man sich bei den Transparenten auf die beiden zentralen Forderungen beschränkt, um nach außen ein möglichst geschlossenes Bild abzugeben; was wiederum Organisationsfahnen und -transparente nicht ausschliesse.